

### Wirtschaftliche Differenzierung im Osten Europas: Unterschiedliche transformationspolitische Konzepte

Hishow, Ognian N.

Veröffentlichungsversion / Published Version  
Forschungsbericht / research report

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hishow, O. N. (1997). *Wirtschaftliche Differenzierung im Osten Europas: Unterschiedliche transformationspolitische Konzepte*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 7/1997). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien.  
<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-46775>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

#### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

## **Wirtschaftliche Differenzierung im Osten Europas**

### **Unterschiedliche transformationspolitische Konzepte**

#### **Zusammenfassung**

Die Transformation der früheren ost- und südosteuropäischen Planwirtschaften in funktionierende Marktwirtschaften erweist sich als schwieriger als ursprünglich angenommen. Eine wichtige Aufgabe ist dabei die Umwandlung der Eigentumsverhältnisse und -zuständigkeiten, insbesondere die Vermeidung marktstörender Verflechtungen zwischen Staat und Wirtschaft. Zu überwinden ist die noch verbreitete Neigung der (staatlichen) Unternehmen, weitreichende Liquiditäts- und Konkursgarantien der öffentlichen Hand zu fordern. Anzustreben sind gesunde Wettbewerbsbedingungen, um die Wirksamkeit der in den Ländern dringend notwendigen Investitionen zu steigern. Das würde auch den Zufluß von Auslandskapital als eine wesentliche Voraussetzung für Modernisierung und Integration in die Weltwirtschaft erleichtern. Die Empirik der bisherigen transformationspolitischen Aktivitäten in den Ländern macht klar, daß unterschiedliche Reformmodelle eine deutliche Auseinanderentwicklung der ehemals weitgehend gleichgeschalteten sozialistischen Volkswirtschaften bewirken. Die Analyse erhärtet die Hypothese, wonach reale Entstaatlichung, internationale Öffnung und Vertrauen in die Unumkehrbarkeit der Reformen deutliche Wachstums- und somit auch Wohlstandseffekte mit sich bringen.

Noch bis Ende der 80er Jahre galten die Comecon-Länder als wirtschaftlich mittel- bis hochentwickelt. Die ehemalige DDR zählte sich zu den zehn fortschrittlichsten Industriestaaten; auch die Ex-ČSSR und Polen wollten an der Spitze der ökonomisch fortschrittlichsten Nationen liegen, und die Ex-UdSSR war ihrem Produktionsausstoß nach die zweitgrößte Ökonomie der Welt. Durch den Zusammenbruch des Wirtschaftsblocks der sozialistischen Länder änderte sich die Lage. Ihre Volkswirtschaften erwiesen sich unter Weltmarktbedingungen als wenig konkurrenz- und lebensfähig. Zugleich machte eine Neubewertung der Wirtschaftsleistung der Länder nach verschiedenen, jedoch realistischen Wechselkursvarianten deutlich, daß der Abstand zu den führenden westlichen Industriestaaten erheblich größer war. Das betrifft sowohl die Gesamtleistung (Bruttoinlandsprodukt, BIP) als auch die Produktion bzw. das Einkommen je Einwohner (BIP/Einwohner). Hinzu kamen massive Produktionseinbrüche in allen Ländern im Anschluß an die politische Wende, die durch das später einsetzende Wachstum (mit Ausnahme Polens) bislang nicht wettgemacht werden konnten. Tabelle 1 vermittelt einen Eindruck über die Ausgangslage einiger

Transformationsländer und läßt ahnen, daß noch gewaltige Aufholanstrengungen über längere Zeiträume erforderlich sein werden.

Tabelle 1: BIP/Einwohner, US-Dollar zu laufenden Wechselkursen

Land\Jahr	1989	1993	1997
Albanien	562	340	466
Belarus	3578	2840	1923
Bulgarien	1694	1160	1019
Estland	4740	3040	3631
Kroatien	7375	4500	4996
Lettland	3560	2030	2138
Litauen	2450	1310	1502
Moldawien	2339	1180	829
Polen	2942	2270	2800
Rumänien	1681	1120	1327
Rußland	3499	2350	1781
Serbien	2752	1700	1855
Slowakei	2476	1900	2382
Slowenien	7851	6310	7267
Tschechien	3578	2730	3242
Ukraine	2793	1910	1217
Ungarn	4101	3330	3499
BRD	22890	20990	22853

Quellen: Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch für das Ausland 1996, S. 358; ECE, Economic Survey of Europe 1995-96, Geneva 1996, S. 174; Deutsche Bank Research, Osteuropa-Themen, verschiedene Ausgaben, 1996.

### Umwandlung der Eigentumsverhältnisse und Wachstum in Transformationsökonomien

Daher ist ein stetiges und dynamisches Wirtschaftswachstum als wesentliches wirtschafts- und transformationspolitisches Ziel anzusehen. Aber das reale (inflationsbereinigte) Wachstum selbst ist in den einzelnen Ländern unterschiedlich ausgeprägt. Dies wirft die Frage nach den Einflußfaktoren, ihrem Gewicht und ihrer Rangfolge auf. Eine Studie des BIOst<sup>1</sup> geht auf diese Problematik ausführlich ein; dagegen interessiert an dieser Stelle ceteris paribus lediglich die Komponente "Umwandlung der Eigentumsverhältnisse". Ausgegangen wird von der Überlegung, daß die rasche Errichtung einer Wettbewerbswirtschaft Strukturwandel und Wachstumsimpulse mit sich bringt. Investitionsentscheidungen werden nicht nach politischen oder verteilungspolitischen Gesichtspunkten, sondern nach wirtschaftlichen Gleichgewichtskriterien (par excellence) gefällt, und dadurch werden die Investitionen effizienter alloziert. Dabei geht es weniger um die Forderung nach einer Privatisierung in Reinkultur, sondern mehr um die Reduzierung der Verflechtung zwischen Staat und Wirtschaft auf ein notwendiges Mindestmaß distributiver und allokativer Funktionen. Dieser Aspekt scheint gerade in den Transformationsländern auf ihrem Weg zur Marktwirtschaft von Bedeutung zu sein, da Mentalität und Tradition der postsozialistischen Bevölkerung ein Denken in Patronagekategorien nähren. Das bewirkt einen Doppeleffekt: Einerseits vertraut die Bevölkerung bei der Lösung der akuten Übergangsprobleme mehr auf den Staat als auf die eigenen An-

<sup>1</sup> R. Götz, Die Wirtschaftsentwicklung der GUS-Staaten in den 90er Jahren, in: Berichte des BIOst, Nr. 38/1996.

strengungen. Andererseits wird der Staat von kriminellen Strukturen für privatwirtschaftliche Zwecke instrumentalisiert und bewirkt ganz im Gegensatz zur Philosophie der sozialen Marktwirtschaft eine Zementierung der Zweiklassengesellschaft.

Obwohl die Trennung von Staat und Wirtschaft zum einen und die Privatisierung zum anderen in den postsozialistischen Ländern verschiedenen Mustern folgen, haben alle Länder einen raschen Ausbau des Privatsektors in der Wirtschaft angestrebt. In Abhängigkeit von den nationalen Spezifika wurden unterschiedliche Privatisierungsmodelle implementiert mit der Folge, daß das Tempo des Rückzugs des Staates aus seiner "Zuständigkeit in letzter Instanz" ebenfalls unterschiedlich ausfällt. Die Vorstellung von einer solchen Zuständigkeit ist immer noch verbreitet. Funktional ist sie ausschließlich mikroökonomisch relevant und wird als (uneingeschränkte) Versicherung der Unternehmen gegen Konkurs und der Beschäftigten gegen Erwerbslosigkeit interpretiert. Während einige Länder erkannt haben, daß betriebswirtschaftliche Eigenständigkeit volkswirtschaftliche Wachstums- und Wohlfahrtseffekte mit sich bringt, präferierten andere eine langsamere, aber "sichere" Transformation der Eigentumsverhältnisse. Sie haben jedoch übersehen, daß die Delegation unternehmerischer Eigenverantwortung an die öffentliche Hand ihre Handlungsfähigkeit letztendlich auf Dauer einschränkt.

Offensichtlich hängen Strukturwandel, Modernisierung und Wachstum weniger vom numerischen Fortschritt der Privatisierung, ausgedrückt in etwaigen Anteilen des Privatsektors am gesamtwirtschaftlichen Output, ab. Vielmehr dürfte die Qualität der Übertragung der Eigentumszuständigkeiten auf die Investoren für diese Prozesse entscheidend sein. Insbesondere geht es um die bereits erwähnte mikroökonomisch relevante Abnabelung von der öffentlichen Hand als Voraussetzung für eine betriebswirtschaftliche Stabilisierung und Lebensfähigkeit. Die direkte (Kassen-) Privatisierung kommt diesem Ziel am nächsten, weitgehend auch die Voucherprivatisierung. Problematisch sind dagegen verschiedene Formen der Übertragung von Anteilen an die Unternehmensleitung und die Belegschaften, ferner an privilegierte Banken und Finanzgruppen. Bei dieser Form sind etwaige gesamtwirtschaftliche Vorteile eher schwer auszumachen, wohl aber private Interessen von Managern und Politikern der verschiedenen Gebietskörperschaften. Undurchsichtige Privatisierungspraktiken sorgen vor allem in Rußland und Bulgarien, z.T. in Polen und Rumänien, für Schlagzeilen. Eine solche marktfremde, privilegiendeterminierte Privatisierung scheint geradezu darauf gerichtet zu sein, korporative Interessen – zumindest mittelfristig – durch staatliche Zuständigkeit abzusichern. Hier ist die Gefahr am größten, finanzielle Ressourcen makroökonomisch fehlzuleiten und Effizienz- und Wachstumsverluste zu riskieren.

### **Heterogene Wachstums- und Wohlstandserfolge**

Die fundamentale wirtschaftspolitische Zielsetzung "Wachstum" ist unter diesem Aspekt und unter Anwendung der Ceteris-paribus-Klausel in den einzelnen Transformationsländern unterschiedlich erfolgreich verwirklicht worden. Die bisherigen Ergebnisse von drei von ihnen sind für die bereits umrissenen verschiedenen wirtschaftspolitischen Ansätze besonders repräsentativ. In bezug auf das erreichte eigene Niveau Ende der 80er Jahre hat Polen den Produktionsrückgang bereits 1996 kompensiert, die Ukraine ist dabei, ihn zu stoppen, und in Bulgarien wurde er 1996 spürbar beschleunigt. Die übrigen Länder gruppieren sich um diese Kerne (Tabelle 2).

Tabelle 2: Wirtschaftswachstum in % des Vorjahres und Produktionsindex in einigen Transformationsländern

Land	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	Index 97/89
Albanien	-13,1	-21,1	-10,0	10,0	9,4	8,6	8,0	7,0	93 %
Belarus	-2,0	-1,0	-10,0	-11,0	-20,0	-10,0	-4,0	-2,0	53 %
Bulgarien	-9,1	-11,7	-7,3	-2,4	1,4	2,6	-12,0	-4,0	64 %
Estland	-8,0	-11,0	-14,4	-8,6	4,7	3,0	4,5	6,0	77 %
Kroatien	-8,5	-24,3	-14,4	-3,7	0,8	-1,5	5,5	6,0	63 %
Lettland	2,9	-10,4	-34,9	-14,9	0,9	-1,6	2,0	4,0	54 %
Litauen	-5,0	-13,0	-34,0	-16,2	1,5	2,5	5,0	5,0	52 %
Moldawien	-2,0	-18,0	-29,0	-1,0	-31,0	-3,0	2,0	3,0	40 %
Polen	-11,6	-7,6	1,9	4,0	4,0	7,0	5,4	5,2	107 %
Rumänien	-7,3	-13,7	-15,4	1,0	3,9	6,9	4,3	2,3	81 %
Rußland	-1,6	-9,8	-19,0	-12,0	-16,0	-4,0	-6,0	0,0	48 %
Serbien	-6,6	-8,1	-26,2	-27,6	6,6	5,9	-3,3	0,0	50 %
Slowakei	-2,5	-11,2	-7,0	-6,5	4,9	7,4	5,5	5,5	94 %
Slowenien	-4,7	-9,2	-6,0	0,5	4,9	3,5	2,5	3,5	94 %
Tschechien	-1,2	-14,3	-7,1	0,0	2,6	4,8	5,0	5,2	93 %
Ukraine	-3,0	-12,0	-17,0	-17,0	-23,0	-11,8	-7,5	1,5	37 %
Ungarn	-3,5	-11,9	-4,5	-2,0	0,0	1,5	1,0	2,5	84 %

Teilweise geschätzt; 1997 Prognose. Quelle: Nationale Statistikämter, Deutsche Bank Research, Weltbank, EBRD.

Die ersten Jahre nach der politischen Wende in Ostmittel- und Südosteuropa stehen für eine sog. "destruktive Phase"<sup>2</sup>, in der die Nettoanlageinvestitionen negativ waren und eine Buchwertreduzierung des Kapitalstocks in der Volkswirtschaft stattgefunden hat. Bezeichnend für diese Phase war, daß verwendungsseitig die Verbrauchskomponente des BIP zwar unterproportional schrumpfte. Allerdings erfolgte dies auf Kosten der Anlageinvestitionen und teilweise auch des Außenbeitrags. Die Volkswirtschaften lebten auf Kosten der in früheren Perioden geschaffenen Substanz bzw. externer Finanzierung. Eine Trendumkehr wurde in jenen Ländern am schnellsten eingeleitet, in denen die Privatisierung als notwendige und die Anziehung ausländischer Direktinvestitionen als hinreichende Bedingung am konsequentesten durchgeführt wurden.

Der Stand der Privatisierung gibt erste Aufschlüsse über die Reformfreudigkeit im jeweiligen Land (Tabelle 3). Es ist bezeichnend, daß in Belarus lediglich 15% des BIP im privaten Sektor entstehen, aber 75% in Tschechien und Albanien. Private Investitionen weisen, wie bereits erwähnt, einen höheren Grenznutzen auf, d.h. sie sind wachstumsfördernder. Zugleich erklärt der Stand der Privatisierung allein wegen vielfältiger ökonomischer und außerökonomischer Faktoren die Transformationsfortschritte der einzelnen Länder nicht zufriedenstellend. Beispielsweise liegen der Reformspitzenreiter Slowenien und der Nachzügler Bulgarien in dieser Hinsicht gleich, ebenfalls Polen einerseits und Rußland und Rumänien andererseits usw. (Tabelle 3). Daher müssen weitere Indikatoren zur Präzisierung herangezogen werden. Beispielsweise gibt der absolute und relative (je Einwohner) Umfang der ausländischen Direktinvestitionen gute Aufschlüsse über die Bereitschaft der

<sup>2</sup> United Nations, World Economic and Social Survey 1996, New York 1996, S. 114.

Volkswirtschaften, Liberalisierung, Öffnung und Integration in die Weltwirtschaft anzustreben. Zum einen stellen sie Realkapitalzuflüsse bzw. Kapitalstockzuwächse dar, zum anderen gehen von ihnen Innovations- und Modernisierungsschübe für die jeweiligen Volkswirtschaften aus. Die einzelnen Reformländer weisen stark voneinander abweichende Volumina der ausländischen Direktinvestitionen auf. Daher erhärten die Angaben in Tabelle 3 die Annahme, daß Transformationsfortschritte, Teilnahme an der internationalen Arbeitsteilung und Wachstum miteinander korrelieren.

Tabelle 3: Privatisierungsfortschritte sowie kumulierte ausländische Direktinvestitionen (ADI) in einigen Reformländern 1996

(1) Land	m (2) Privatisierungs- quote <sup>a</sup>	(3) ADI, Millionen US-\$	(4) Anteil	(5) ADI je Einwohner, \$	(6) Zufluß- quote <sup>b</sup>
Albanien	75 %	280	0,6 %	73,7	4 %
Belarus	15 %	40	0,1 %	4,0	0,6 %
Bulgarien	45 %	1.150	2,6 %	135,3	0,8 %
Estland	70 %	780	1,8 %	500,0	8,8 %
Kroatien	50 %	800	1,8 %	173,9	0,6 %
Lettland	60 %	520	1,2 %	148,6	6,3 %
Litauen	65 %	520	1,2 %	140,5	1 %
Polen	60 %	8.500	19,2 %	220,8	1,2 %
Rumänien	60 %	2.000	4,5 %	87,0	1,4 %
Rußland	60 %	6.600	14,9 %	44,6	0,3 %
Slowakei	70 %	1.458	3,3 %	270,0	1,2 %
Slowenien	45 %	1.250	2,8 %	657,9	1 %
Tschechien	75 %	6.600	14,9 %	660,0	6,9 %
Ukraine	40 %	1.180	2,7 %	23,6	0,4 %
Ungarn	70 %	13.000	29,3 %	1300	10,7 %
Osteuropa insgesamt	-	44.678	100,0 %	-	1,8 %

<sup>a</sup> Anteil des Privatsektors am BIP.

<sup>b</sup> Ausländische Direktinvestitionen/BIP 1995.

Quellen: United Nations, World Economic and Social Survey 1996, S. 123; ECE, Economic Survey of Europe 1995-96, Geneva 1996, S. 149; Deutsche Bank Research; PlanEcon Report, verschiedene Ausgaben.

Die Anteile der Länder an dem ins östliche Europa geflossene Kapitalvolumen sind dabei weniger wichtig. Entscheidend sind die ausländischen Direktinvestitionen pro Kopf der Bevölkerung (Tabelle 3, Spalte 5) bzw. ihr Anteil am BIP und damit an der Investitionsquote des jeweiligen Landes. Die Investitionsquoten sind in praktisch allen Ländern unter das für ein angemessenes Wachstum erforderliche Normalniveau von etwa 20% des BIP gefallen. Ein höherer Anteil der ausländischen Direktinvestitionen bedeutet, daß (unzureichende) innere durch äußere Ersparnis zugunsten des inneren Verbrauchs und/oder von Zahlungsbilanzbelangen substituiert wird. Estland und Lettland federten so den ökonomischen Übergang besser ab, während Ungarn seinen Schuldendienstverpflichtungen gegenüber seinen internationalen Gläubigern problemlos nachkommen konnte. Wiederum andere Länder wie Tschechien oder Albanien beschleunigten ihr

Wirtschaftswachstum, wobei nicht nur im Fall Albanien klar ist, daß innere Investitionsressourcen vorerst kaum mobilisierbar sind.

Ognian Hishov



Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1997 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe gestattet.

Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,  
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet: <http://www.uni-koeln.de/extern/biost>

ISSN 0945-4071